

Die Alleingelassenen

Ukraine Die Menschen an der Waffenstillstandslinie kämpfen ums Überleben. Und zwischen Kiew und Donezk laufen wieder die Geschäfte. Eine Reise in den absurden Alltag eines Konflikts. *Von Christian Neef*

Die Einwohner der ukrainischen Kleinstadt Awdejewka besitzen Humor. Schwarzen Humor.

Er offenbart sich jenen, die die Uliza Molodjoschnaja aufsuchen, die Jugendstraße, Haus Nummer 20, einen neunstöckigen Plattenbau an der Stadtgrenze. Vor dem Haus sind noch die Schienen einer Straßenbahn zu sehen, die längst nicht mehr fährt, dann beginnt eine herbstlich braune Brache und ein paar Hundert Meter weiter der Wald.

„Rasukraschka“ nennen die Einwohner von Awdejewka dieses Haus, was so viel wie „Malvorlage“ heißt. Malvorlage – das ist, wenn Kindern auf dem Papier nur einzelne Punkte, Schemen oder die Hülle eines Gegenstands vorgegeben sind, den sie dann zu einem vollständigen Ganzen ausmalen können.

Haus Nummer 20 ist so eine Hülle, es wäre vermessen, diesen Steinklotz noch Haus zu nennen: Die Türen sind weggerissen oder mit Pressplatten zugestellt, anstelle der meisten Fenster klaffen Löcher, viele Balkons sind zerstört. Man braucht Fantasie, um sich das frühere Haus vorzustellen, in dem wundersamerweise immer noch 18 Familien leben.

Vor Nummer 20 verläuft die Front zwischen der Ukraine und der „Donezker Volksrepublik“. Hinter dem Wäldchen kommt die kleine Siedlung Spartak, dann folgt bereits die Landebahn des Donezker Flughafens, von dem nur noch ausgebrannte Stahl- und Betongerippe stehen. Nirgendwo wurde so ausdauernd und so erbittert gekämpft wie in dieser Gegend.

Das „Rasukraschka“ hatte das Pech, direkt gegenüber von Donezk zu stehen, fast jeden Tag sind hier Geschosse der Separatistenarmee eingeschlagen. Die letzten seiner Bewohner, die starben, waren eine Großmutter und ihr Enkel. Die Frau fand man unter einem Schutthaufen, das Kind im Türrahmen der Nachbarwohnung. Das war im Juli.

„Es waren hoffentlich die letzten Toten“, sagt ein Soldat, sicher ist er sich aber nicht. Seine Einheit hat sich im Nachbarhaus verschanzte. Trotz Waffenruhe wurde hier in den letzten Tagen wieder geschossen.

Aber die Welt schaut jetzt nicht mehr in die Ukraine, sondern nach Syrien und auf die Flüchtlingsströme in Europa. Den Krieg am Rande dieses Kontinents hat sie fast schon vergessen. Zu Ende ist er nicht. Er schläft nur – bereit, je nach Bedarf seiner Schöpfer wieder aufzuflammen.

Für die Bewohner von Awdejewka ist der Krieg noch nah. Die Provinzhauptstadt Donezk ist durch ihn un erreichbar geworden, die nächsten großen Städte mit ihren Kaufhäusern, Kinos, Krankenhäusern sind Hunderte Kilometer entfernt. Es gibt zwar wieder Strom, aber kein warmes Wasser, viele Fenster sind zugemauert, die Geschäfte halb leer. Im Dauerregen der letzten Oktobertage gleicht die Stadt einem Friedhof.

Awdejewka steht für eine Grenze, die das Land in zwei Gebiete teilt: hüben der von den Ukrainern kontrollierte Teil der früheren Provinz Donezk, drüben die selbst ernannte Republik der prorussischen Separatisten. Die Kämpfe ruhen, aber in beiden Lagern verfestigen sich die Stimmungen gegen den jeweils anderen Landesteil, in dem angeblich „Terroristen“ beziehungsweise „Faschisten“ am Ruder sind.

Aber aller offiziellen Propaganda zum Trotz gibt es zahlreiche Fäden, die die Kriegsparteien verbinden. Weil Donezk nicht ohne den Rest der Ukraine und die Ukraine nicht ohne die Rebellen auskommen kann. Jede der beiden Seiten hat etwas, was die andere nicht besitzt, niemand kann ohne den anderen überleben, und natürlich gibt es Kriegsgewinnler, die von dieser Tatsache profitieren. Und Menschen, die keine Ahnung haben, wie es weitergeht.

Wer weiß das besser als Mussa Magomedow? Er ist Generaldirektor der Kokerei von Awdejewka, die einmal eine der größten Europas war. Sie produziert derzeit 8500 Tonnen Koks pro Tag, einen Brennstoff, der aus Kohle gewonnen wird. „Letzten Winter war ich überzeugt, dass wir vor einer Katastrophe stehen und das Werk in die Luft fliegen wird“, sagt Magomedow.

Magomedow ist 45 Jahre alt, stammt aus der nordkaukasischen Republik Dagestan und trägt die grau-rote Arbeitsuniform des Metinvest-Konzerns. Metinvest – das ist jene Holding aus Stahl- und Bergwerksunternehmen, die Rinat Achmetow gehört, dem reichsten ukrainischen Oligarchen.

„Diese Kokerei war der Grundstein zu seinem Imperium“, sagt Magomedow. Er zeigt aus dem Fenster, wo die tausend Grad heißen Koksboxen zischen. Giftig-gelber Dampf steigt auf, wenn die Ofentüren geöffnet werden. Das Werk ist in Staub und Ruß getaucht. Es wurde 1963 eingeweiht, aber es sieht aus, als stammte es aus den Pionierjahren des Industriezeitalters.

Achmetow ist zu Kriegsbeginn nach Kiew geflohen. Der frühere Herrscher von Donezk war einer der Hauptfinanziers des gestürzten Präsidenten Wiktor Janukowytsch, heute spielt er eine undurchsichtige Rolle. Die Separatisten hat er voriges Jahr als „Banditen und Marodeure“ bezeichnet, seither schweigt er und versucht, sein Imperium zu retten.

Als letztes Wochenende in der Ukraine Kommunalwahlen stattfanden, scheiterte der Urnengang ausgerechnet in der Hafenstadt Mariupol, wo Achmetows größtes Stahlwerk steht. Man hatte massenweise überzählige Stimmzettel gefunden – in einer Druckerei, die Achmetow gehört. Überall versucht der Milliardär, ihm genehme Politiker ins Amt zu bringen.

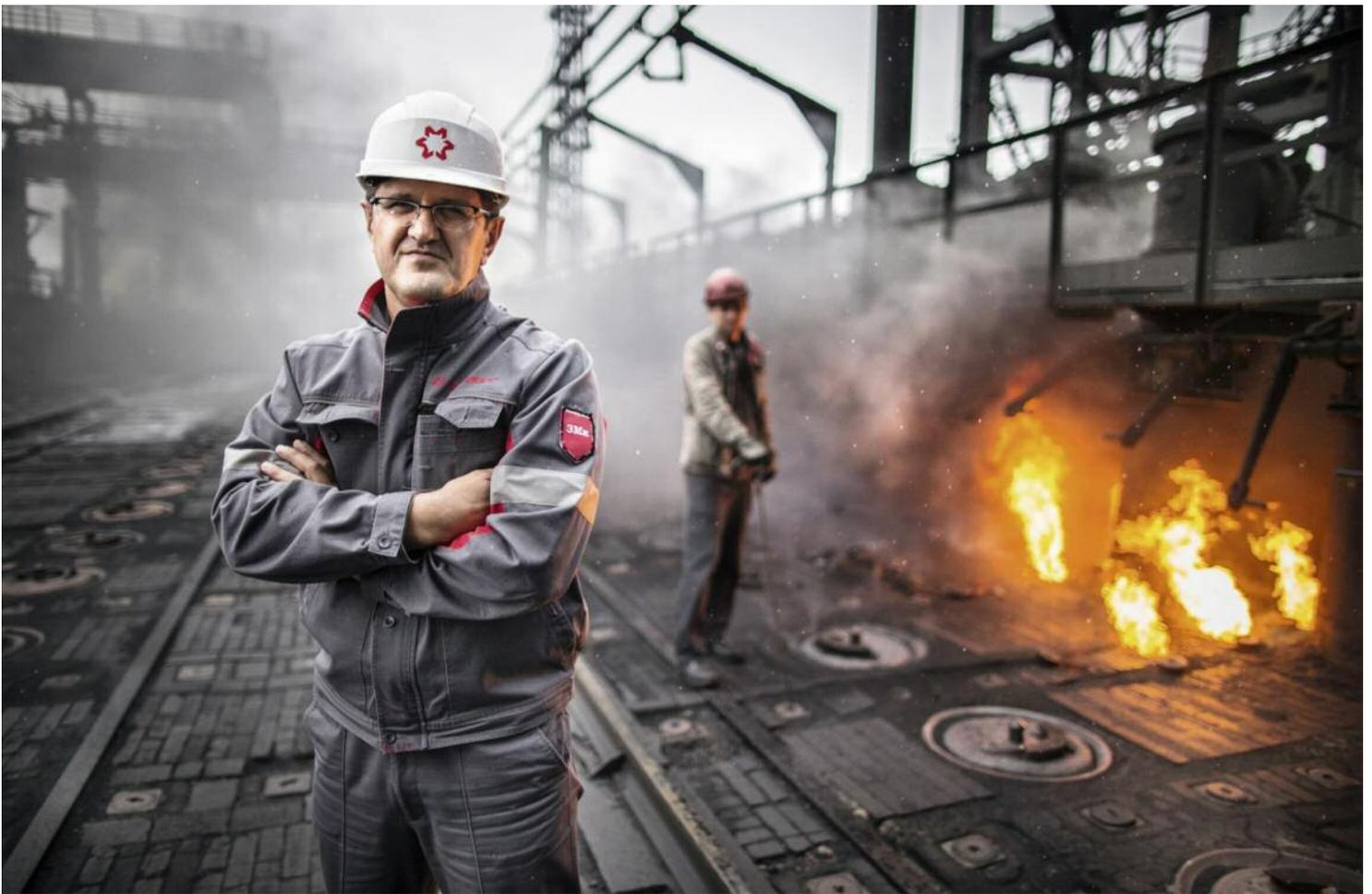
Er steht im Ruf, beiden Kriegsparteien zu dienen – weil die Grenze zwischen der Ukraine und dem Separatistengebiet mitten durch sein Firmengeflecht geht. Die ganze absurde Situation im Osten des Landes zeigt sich an seinem Imperium.

Seine Kokerei in Awdejewka braucht Kohle aus den Bergwerken im Rebellengebiet, um Koks herzustellen. Die Stahlwerke, von denen viele ebenfalls auf der anderen Seite liegen, benötigen diesen Koks, um die Produktion in Gang zu halten. Danach müssen sie ihren Stahl in ukrainische Häfen bringen. Deswegen war Awdejewka ein wichtiges Ziel im Krieg.

„Wir lebten im Ausnahmezustand“, sagt Magomedow: „Umliegende Brücken und Eisenbahnlinien wurden gesprengt, sodass keine Kohle mehr kam, Hochspannungsleitungen fielen aus, Feuer brannten auf dem Werksgelände, ohne dass wir sie löschen konnten. 9 Arbeiter sind getötet worden, 700 geflüchtet, 3700 noch hier.“

Magomedow hat die letzten 16 Monate mehr oder weniger in seinem Büro ver-





Kokerei-Chef Magomedow, zerschossener „Rasukraschka“-Wohnblock in Awdejewka: „Ich war überzeugt, dass das Werk in die Luft fliegen wird“



Kumpel im Bergwerk „Progress“ in Tores: „Jede Stunde liefen 500 Kubikmeter Wasser in den Schacht“

bracht, hinter dem auch sein Schlafraum liegt: ein provisorisches Bett steht darin, daneben liegen schusssichere Westen.

Zwölfmal hat er wegen des Beschusses die Koksboxen stilllegen müssen. Aber was heißt stilllegen? Einfach abschalten kann man sie nicht, das würde sie zerstören, sie müssen stets beheizt werden. Dazu braucht man das Gas, das bei der Koks-gewinnung entsteht. „Unsere einzige Rettung war, Erdgasleitungen draußen im Land anzuzapfen. Unter ständiger Lebensgefahr.“

Das alles ist – im Moment zumindest – Geschichte. Dafür hat Magomedow nun andere Sorgen. 12 000 Tonnen Steinkohle verschlingen seine Öfen jeden Tag, sie kommen nun aus weiter westlich gelegenen Gebieten, sogar aus den USA und dem 14 000 Kilometer entfernten Australien. Dabei liegen Bergwerke mit bester Anthra-zitkohle nur eine Autostunde entfernt – in den „Volksrepubliken“ Donezk und Lu-gansk. Aber die Kiewer Regierung hat über das Rebellengebiet eine Blockade verhängt. Wer gegen sie verstößt, gilt als Helfer von „Terroristen“. Was also tun?

Es ist wie in jedem Krieg: Auch mit dem Feind lässt sich handeln. Mussa Magome-dow, der sonst so aufgeschlossene Gene-raldirektor, wird an dieser Stelle schmal-lippig. „Ja“, sagt er, „wir beziehen Kohle aus Krasnodon in der ‚Lugansker Volksre-publik‘. Aber das sind zurzeit nicht mehr als 10 000 Tonnen im Monat.“

Und der Koks geht dann in die Rebel-lenrepubliken, etwa ins Hüttenwerk Jena-

kijewo bei Donezk, das ebenfalls Achme-tow gehört?

„Ja, aber dieses Werk zahlt Steuern an die Ukraine. Deswegen erlaubt Kiew, dass ich meinen Koks dorthin bringe.“

Der Vorwurf aus Kiew, Achmetow fin-anziere „Terroristen“, ist also falsch?

„Ich bin überzeugt, dass die Separatisten Druck auf das Hüttenwerk ausüben, aber wie – das kann ich nicht sagen. Wenn sie sich mit den Rebellen einließen, würde Kiew das Werk sofort stilllegen.“

Das ist Augenschere, Magomedow weiß das selbst. Natürlich profitieren die Separatisten von diesem Handel. Im Grun-de arbeiten hier Kiew, die Rebellen und Achmetow Hand in Hand: Die Ukraine braucht die Kohle aus dem Osten.

Lieferanten aus den Separatistengebieten müssen sich in Kiew registrieren und dort die Zahlungen abwickeln. Es ist aber ein offenes Geheimnis, dass ein Teil des Geldes über fiktive Überweisungen an andere Empfänger in den Rebellenrepubliken geht. Der Kohleminister der „Lugansker Volksrepublik“ trieb es mit den Geschäften offenbar so ungeniert, dass er im Oktober von den eigenen Leuten verhaftet wurde – er soll drei Millionen Tonnen Kohle „unge-setzlich“ an die Ukrainer verkauft haben.

Kriege werden nicht im Interesse der klei-nen Leute geführt, das wissen sie auch in Awdejewka. Aber was die Menschen stört, ist die Doppelmoral: Während die Geschäfte zwischen Ost und West wieder laufen, wird ihnen das Leben schwer gemacht. Men-

schen, wie dem Schichtleiter Artur Bygu, der mit dreckverkrustetem Gesicht auf den Öfen der sechsten Koksboxen steht.

Bygu arbeitet in Awdejewka, wohnt aber in Jassinuwataja in der Donezker Republik. Jedes Wochenende fährt er die 20 Kilome-ter heim zu seiner Frau und den zwei Kin-dern. Der Werksbus verkehrt nicht mehr, die Straßen sind gesperrt. Aber es gibt ein Schlupfloch mit einem inoffiziellen Check-point, den er mit dem Fahrrad passieren kann. Bei Regen geht das nur zu Fuß, weil dann die Wege aufgeweicht sind.

Wie lebt es sich als Pendler zwischen zwei völlig unterschiedlichen Welten?

„Schwierig“, sagt Bygu. Und erzählt von seiner zehnjährigen Tochter, die bei den Separatisten in die Schule geht. Die Ge-schichte der Ukraine werde ihr jetzt mit russischen Lehrbüchern beigebracht, „aber der Einfluss von uns Eltern ist stärker. Sie versteht, was vor sich geht“. Die Nach-barn, sagt er, würden ihn beneiden. „Weil ich Arbeit habe und in ukrainischen Hry-wen bezahlt werde. In der Volksrepublik, wo jetzt nur noch der russische Rubel gilt, sind Hrywen so begehrt wie Dollars.“

Das Schlimmste sei die Grenze. „Oft schauen mich die Posten hasserfüllt an“, sagt Bygu. „Für die Donezker bin ich ein Ukrop, ein ukrainischer Patriot. Die Ukrainer dagegen tun so, als sei ich Sepa-ratist, das ist noch bitterer. Das Misstrauen gegen uns ist mit Händen zu greifen.“

Viele, die an der Waffenstillstandslinie leben, sind bei den Kommunalwahlen des-

wegen nicht zu den Urnen gegangen oder haben frühere Parteigänger von Janukowytsch gewählt. In Städten wie Slowjansk, wo voriges Jahr der Krieg begann, stimmten 70 Prozent der Einwohner nicht ab. In Awdejewka wurde die Wahl von vornherein abgesagt, aus „Sicherheitsgründen“. Der eigentliche Grund war aber wohl die Angst der Regierung vor einer Niederlage.

Zehn Kilometer liegt Donezk von Awdejewka entfernt. Einen direkten Weg zwischen den beiden Städten gibt es nicht mehr, man muss durch einen der drei offiziellen Checkpoints und damit einen Umweg von 150 Kilometern nehmen. Donezk wirkt so ausgezehrt wie in den Kriegsmon-

„Früher konnten wir zum Baden in die Türkei fliegen – jetzt kommen wir nicht mal mehr bis zum Schwarzen Meer.“

naten. Die Straßen sind leer, obwohl es heißt, die geflüchteten Donezker kämen langsam zurück – es sind jedoch nur junge Männer, die der Mobilmachung in der Ukraine entgehen wollen. Die meisten Geschäfte sind noch geschlossen, die Kinos zu. Nur die Oper macht weiter, sie lädt fürs erste Novemberwochenende zur Premiere von Verdis „Maskenball“ ein.

Es ist schon kalt, aber es wird kaum geheizt, Kohle und Gas sind Mangelware. Dafür sind die Preise explodiert. In den Lebensmittelläden stehen die Menschen vor den Vitrinen und rechnen mit ihren Handys die Rubel in gewohnte ukrainische Hrywen um. Ein Kilo Fleisch kostet etwa fünf Euro, Fisch sogar sechs – für die Donezker sündhaft hohe Preise. Die Zeitungen sind voll mit Ratschlägen, wo noch billige Lebensmittel zu finden sind. Moskaus Hilfe ist nicht so üppig wie behauptet. Die Strapazen des neuen Lebens in der „Volksrepublik“ – das ist es, was die Menschen bewegt. „Wenn ich zum Geldholen nach Mariupol fahren will, auf die ukrainische Seite, stelle ich mich morgens um sieben an der Grenze an“, sagt Andrej Kornijenko von der Donezker Oper. „Das letzte Mal war ich abends, als die Grenze um 18 Uhr schloss, noch immer nicht durch, ich musste auf dem Feld übernachten. Das ist erniedrigend.“

Über die Separatistenführer verlieren die Donezker kein Wort, viele haben Angst. Offenbar weiß auch niemand, wie es weitergeht. Der Militärsprecher der Regierung erklärt nun, sie hätten nie daran gedacht, eine bis zur Krim reichende Republik Neu-Russland zu gründen, die habe nur in den Köpfen der einfachen Leute existiert. Dabei war es die Rebellenführung, die mit dieser Idee die Bevölkerung gegen den Rest der Ukraine aufgehetzt hat. Russland unterstützt das Projekt jedoch nicht mehr. Die „Donezker Volksrepublik“ ist jetzt eine Republik ohne Ziel.

Das größte Problem der Rebellen ist das Geld. Es lässt sich nur mit der heimischen Kohle verdienen. Der Bergbauminister ist dementsprechend im Stress. Schlecht gelaunt sitzt er auch am Wochenende in seinem Büro und beklagt, er habe seit neun Monaten „keinen Rubel Unterstützung“ erhalten. Von den früher 38 Bergwerken seien nur noch 13 in Betrieb, 40 Prozent der Bergleute seien geflüchtet. Die Produktionskosten für eine Tonne Kohle lägen mitunter fünfmal höher, als ihr Marktpreis sei, zudem seien viele Schächte während des Krieges abgesoffen. „Trotz allem geht’s uns wohl noch besser als euch mit euren Flüchtlingen dort in Europa“, sagt der Minister nicht ohne Heiterkeit.

Seine Aufgabe sei es, so der Minister, „der Branche das Überleben zu sichern“. Man müsse jede Schraube und jeden Bolzen sparen. Und Kohle wie Strom auch an den Feind verkaufen, die Ukrainer. Wegen der Notlage werde es auch keine Nationalisierungen in der „Volksrepublik“ geben.

„Die Abrechnung mit den Oligarchen wird auf ruhigere Zeiten verschoben“, erklärt die Zeitung „Neu-Russland“, das Zentralorgan der Separatisten. Die Republik habe beschlossen, „lokalen Industrieclans die Möglichkeit zu geben, ihre Finanzen und ihre Energie im Kampf gegen die ukrainischen Faschisten zu nutzen“. Gemeint sind Leute wie der Oligarch Achmetow oder Dmitrij Awtonomow.

Awtonomow ist ein 29-jähriger Unternehmer, der aus einer Bergwerkdynastie stammt. Insgesamt besitzt die Familie drei Bergwerke, zwei davon liegen in Awtonomows Heimatstadt Tores, neben der die malaysische Boeing abgestürzt ist.

Awtonomow junior versucht, die Kohle der Familie und die anderer kleiner Privatgruben über seine Firma Donbassugol zu verkaufen. Er hat Wirtschaft und Finanzen studiert, schon während der Universitätszeit handelte er mit Kohle.

Von seinem Firmensitz sieht er auf den Donezker Leninplatz hinab, auf dem noch immer der Revolutionsführer steht. „Die Ukraine hat uns verraten“, sagt Awtonomow. Was ihn nicht daran hindert, Geschäfte mit ihr zu machen. Seine Firma ist auch in Kiew registriert, er zahlt dort 11 Prozent Umsatzsteuer, 20 Prozent vom Gewinn muss er der Separatistenregierung abgeben. „Gewinn ist jetzt aber nicht das Wichtigste“, sagt der Jungunternehmer, „es geht jetzt allein darum, die Bergwerke am Laufen zu halten.“

Fahrt nach Tores, zur Grube Progress. Es ist eine der besseren in der Separatistenre-

publik. Von 2300 Bergleuten sind 1800 noch da, die Förderung ist seit den allerschlimmsten Kriegstagen wieder auf 2100 Tonnen Kohle täglich gestiegen. Einst waren es 3000.

Es ist 13 Uhr, Grubendirektor Alexander Klimentschuk und sein Generaldirektor Wladimir Mandritschenko fahren mit der Mittagsschicht 1300 Meter tief in den Berg. „Die schlimmsten Kriegstage“, sagen sie, „das ist die Zeit nach dem Absturz der Boeing gewesen – Ende Juli 2014.“ In jenen Tagen sei eine Hochspannungsleitung zerschossen worden, die Pumpen hätten nicht mehr gearbeitet. „Jede Stunde liefen 500 Kubikmeter Wasser in den Schacht.“

Klimentschuk zeigt mit der Hand, wie hoch das Wasser auf der Strecke stand – der Stollen war fast geflutet. Die Ukrainer rückten damals vor, das Bergwerk geriet unter Beschuss – oben, in seinem Büro, hat Klimentschuk Geschosssplitter aufbewahrt. „Zwei Kilometer vor der Grube wurden die feindlichen Panzer gestoppt.“

Vier Monate lang lag das Bergwerk still, dann sind sie wieder eingefahren. Es ist ein relativ sicherer Schacht, keines der Himmelfahrtsunternehmen wie anderswo im Donezker Gebiet, wo regelmäßig Unglücke mit Toten zu beklagen sind. Die Luft ist schlecht, im Vortrieb herrschen 35 Grad. Die Kumpel arbeiten wie zu Zeiten von Alexej Stachanow, dem sowjetischen Vorzeigearbeiter, der 1935 in der Nähe seine Rekordschicht fuhr: ein Mann mit dem Presslufthammer, zwei mit der Schippe.

„Dafür bekommen sie jetzt noch etwa 450 Dollar“, sagt Klimentschuk, der Bergwerksdirektor. „Das ist selbst für unsere Verhältnisse ein erbärmlicher Lohn. Früher verdienten die Männer im Schnitt 1500 Dollar, das ging. Die Lebensmittel waren billig. Wir konnten uns ins Flugzeug setzen und zum Baden an die türkische Küste fliegen – jetzt kommen wir nicht mal mehr bis zum Schwarzen Meer.“

Während der Grubenchef und sein Generaldirektor sich zurück zum Förderkorb fahren lassen, sagen sie das, was fast überall in der „Volksrepublik“ zu hören ist. Dass man den Ukrainern die Bomben nie verzeihen werde, die sie aufs eigene Volk abgeworfen hätten. Und dass sie bei einem neuen Angriff wie ein Mann zu den Waffen greifen würden, um den „Feind“ wieder zurückzuschlagen. So wie letztes Jahr.

Es sind Worte, die nach Hass und Kompromisslosigkeit klingen. Aber die martialischen Sprüche verbergen auch Hilflosigkeit. Die Menschen fühlen sich alleingelassen – von Moskau, das ihnen den Anschluss an die russische Welt vorgegaukelt hat, und von Kiew, das sie mit einer gnadenlosen Blockade und mit Verachtung straft. Dabei wäre jetzt ein günstiger Moment, auf den Osten zuzugehen. Aber es ist zu befürchten, dass die Regierung in Kiew auch diesen verpasst. ■